



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 14. Mai 2012
(OR. en)**

9888/12

**COMAG 39
PESC 598
COHAFA 63
SY 15**

BERATUNGSERGEBNISSE

des	Rates
vom	14. Mai 2012
Nr. Vordok.:	9601/12 COMAG 38 PESC 560 COHAFA 61 SY 14
<u>Betr.:</u>	Syrien
	– Schlussfolgerungen des Rates

Die Delegationen erhalten in der Anlage die Schlussfolgerungen des Rates zu Syrien, die der Rat am 14. Mai 2012 angenommen hat.

SCHLUSSFOLGERUNGEN DES RATES ZU SYRIEN

1. Die Europäische Union fordert die syrischen Behörden erneut auf, den durch die Resolutionen 2042 und 2043 des VN-Sicherheitsrates gebilligten Plan, des gemeinsamen Sondergesandten der Vereinten Nationen und der Arabischen Liga, Kofi Annans, uneingeschränkt und unverzüglich zu befolgen und allen ihren den Vereinten Nationen gegenüber eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen. Die EU weist darauf hin, dass die Hauptverantwortung für den Waffenstillstand und für die erfolgreiche Durchführung des Plans bei den syrischen Behörden liegt. Die syrische Regierung muss unverzüglich dafür sorgen, dass die Voraussetzungen dafür gegeben sind, dass die VN-Beobachtermission tatsächlich arbeiten und rasch und uneingeschränkt zum Einsatz kommen kann, wozu auch die uneingeschränkte Bewegungsfreiheit und die Vereinbarung über den Einsatz von Luftausrüstung gehören. Syriens Regierung muss ihre Truppen und schweren Waffen vollständig aus den städtischen Wohngebieten abziehen. Die EU ist äußerst besorgt angesichts der andauernden Gewalt in Syrien, die in den jüngsten tödlichen Bombenanschlägen, und insbesondere in den Anschlägen, die am 10. Mai in Damaskus verübt wurden, erneut ihren Ausdruck fand. Akte des Terrorismus lassen sich unter keinen Umständen rechtfertigen.
2. Die EU betont, dass die vollständige Einstellung der Gewalt durch alle Seiten ein entscheidender Schritt in Richtung auf die uneingeschränkte Durchführung des Plans von Kofi Annan ist, dessen wesentliches Ziel darin besteht, einen friedlichen, von Syrien selbst geleiteten und alle Seiten einbeziehenden Dialog zu ermöglichen, der zu einer politischen Lösung führt, welche den demokratischen Bestrebungen des syrischen Volkes auf der Grundlage der einschlägigen Resolutionen der VN-Sicherheitsrates und der VN-Generalversammlung und der Entschließungen der Liga der Arabischen Staaten gerecht wird.
3. Die EU bekräftigt, dass sie den Sechs-Punkte-Plan von Kofi Annan uneingeschränkt unterstützt; ferner begrüßt sie die bislang hinsichtlich der Entsendung von Mitarbeitern der VN-Beobachtermission in Syrien (UNSMIS) erzielten Fortschritte und dringt auf die weitere rasche Entsendung der gesamten Mission. Sie weist darauf hin, dass die syrischen Behörden für den Schutz und die Sicherheit der Mission verantwortlich sind. Die EU und ihre Mitgliedstaaten leisten entsprechend dem Wunsch der VN Unterstützung für die Mission. Die EU appelliert an alle betroffenen Staaten und insbesondere an die Mitglieder des VN-Sicherheitsrates, Kofi Annan weiterhin zu unterstützen und ihren gesamten Einfluss geltend zu machen, um sicherzustellen, dass die Resolutionen 2042 und 2043 des VN-Sicherheitsrates uneingeschränkt umgesetzt werden. Die EU hebt hervor, dass es sich bei dem Sechs-Punkte-Plan nicht um ein unverbindliches Angebot handelt, und dass dieser Plan und der Einsatz der UNSMIS die beste Unterstützung im Hinblick auf eine friedliche Lösung der Krise bieten. Sie erinnert daran, dass der VN-Sicherheitsrat mit der Frage befasst bleibt.

4. Die EU ist nach wie vor äußert besorgt angesichts der Menschenrechtslage in Syrien, insbesondere angesichts der systematischen und verbreiteten Menschenrechtsverletzungen durch das Regime. Sie verurteilt, dass die syrische Regierung immer häufiger gezielte Ermordungen und willkürliche Verhaftungen als Mittel zur Unterdrückung jeglicher Opposition einsetzt. Die syrische Regierung muss alle politischen Gefangenen und Menschenrechtsverteidiger sofort freilassen und das Recht friedlich zu demonstrieren, garantieren. Die EU bekräftigt, dass alle, die für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind, zur Rechenschaft gezogen werden sollten.
5. Die EU ruft alle Seiten auf, die Sicherheit der humanitären Helfer zu respektieren, und bedauert den Tod zweier humanitärer Helfer, die am 24. bzw. 26. April 2012 getötet wurden. Sie fordert die syrischen Behörden erneut auf, humanitären Hilfsorganisationen unverzüglich ungehinderten und uneingeschränkten Zugang zu allen Gebieten Syriens zu gewähren, damit diese Organisationen den eine Million Menschen, die der humanitären Hilfe bedürfen, Hilfe leisten können. Der Plan der Vereinten Nationen für humanitäre Maßnahmen muss sofort umgesetzt werden, und die Kapazitäten für humanitäre Hilfe im Land müssen ausgebaut werden. Die EU unterstützt weiterhin die Nachbarländer, die sich bemühen, Menschen, die vor der Gewalt in Syrien geflohen sind, aufzunehmen.
6. Die Europäische Union unterstützt unverändert das Streben des syrischen Volkes nach Freiheit, Würde und Demokratie. Sie ruft alle Oppositionsgruppen nachdrücklich dazu auf, die Anstrengungen Kofi Annans weiterhin zu unterstützen und zudem bereit zu sein, eine führende Rolle zu übernehmen und sich in einem nationalen politischen Prozess, wie er in dem vom VN-Sicherheitsrat gebilligten Sechs-Punkte-Plan vorgesehen ist, zu engagieren. Der Syrische Nationalrat und die anderen Oppositionsgruppen müssen sich weiterhin darum bemühen, ihre Differenzen beizulegen und sich - unter der Schirmherrschaft der Arabischen Liga - auf ein Bündel von gemeinsamen Grundsätzen und einen Mechanismus zu verständigen, um auf einen alle einbeziehenden, geordneten und friedlichen Übergang in Syrien hinzuarbeiten.
7. Die EU hat heute weitere Benennungen von Personen und Organisationen, gegen die restriktive Maßnahmen verhängt werden, gebilligt. Die EU wird an ihrer Strategie, gegen das Regime, nicht jedoch gegen die Zivilbevölkerung gerichtete Sanktionen zu verhängen, festhalten, solange die Repression anhält. Die EU wird ferner die internationale Gemeinschaft weiterhin nachdrücklich auffordern, sich ihren Bemühungen zur Ergreifung von Maßnahmen anzuschließen, die darauf gerichtet sind, die restriktiven Maßnahmen gegen das syrische Regime und dessen Anhänger anzuwenden und durchzusetzen. Sie ruft alle Syrer auf, sich von der repressiven Politik des Regimes zu distanzieren, um einen politischen Übergang zu erleichtern.